

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

30.6.1919 (No. 179)

Bestellungspreis
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monat-
lich 1,00 RM., vierzel-
nährlich 5,70 RM., an
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1,80 RM.
Wunschmarkt durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
zehnteljährlich 5,25 RM., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Die Baden, Konvaleszenz-
stelle oder deren Raum
25 Pf., Restloos 1 RM.,
an erst. Stelle 1,20 RM.,
auf diese Stelle
30% Feuerungszulage.
Nachst nach Berlin.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
feinere Anzeigen abends
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortlicher Redakteur:
G. H. Müller, Poststr. 208.
Verlag Dr. 297.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Volzinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutsches: Carl Sellemeyer; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: G. H. Müller, Poststr. 208 u. 894, Karlsruhe. — Berliner Druckerei- und Verlagsanstalt, Poststr. 208 u. 894, Berlin. — Verantwortlich für den Inhalt: G. H. Müller, Poststr. 208 u. 894, Karlsruhe.

116. Jahrg. Montag, den 30. Juni 1919 Nr. 179.

Aufklärung und Revision.

G. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:

Der Brief des früheren deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an den Ministerpräsidenten Clemenceau, in dem er die volle Verantwortung für die Haltung Wilhelm II. während seiner Amtszeit auf sich nimmt und sich bereit erklärt, vor einem alliierten Staatsgerichtshof seine Handlungen zu verteidigen, wird in Deutschland die verdiente Anerkennung finden, aber auch im Ausland nicht ohne Eindruck bleiben. Freilich, die Presse in Paris und London wird auf ihrer Forderung bestehen, den höchsten Vertreter der so gebrauchten und so lang gefürchteten deutschen Reichsgewalt persönlich vor ein Gericht zu zerren und dort zu verurteilen, denn ihr und ihren Hintermännern kommt es eben darauf an, den früheren deutschen Nimbus so gründlich wie nur möglich zu zerstören und zugleich den niedrigsten Instanz der eigenen Volksmassen zu dienen.

Trotzdem ist es aber wahrscheinlich, daß die maßgebenden Politiker und Kreise der Gegner auf eine wirkliche Unterjochung und Bestrafung der angeführten deutschen Kriegsschuldigen unter irgend einem Vorwand verzichten werden, denn vor einem gerechten und skrupellos zusammengefügten Gerichtshof würde es sich doch nicht vermeiden lassen, daß die Rolle der Iswolski, Sasonoff, aber auch der englischen und französischen Kriegsheer aus dem Juli 1914 und vorher näher beleuchtet würde, und da die Führung des Prozesses unmöglich hinter verschlossenen Türen erfolgen kann, würde die allmählich schon sehr kritischer gewordene öffentliche Weltmeinung in ihrem Glauben an die Ententegerechtigkeit weiter erschüttert werden.

Das hindert natürlich nicht, daß heute diese ganze Welt sich vor der Tatsache eines Sieges der Westmächte beugt. Mit lauem Nachgeschrei und mit Beschimpfungen der Gegner, wie es eine ganze Reihe von konservativen deutschen Blättern tut, ist es unsererseits durchaus nicht getan. Wir müssen schon in etwas wirksamerer Weise für unsere Sache und für die Revision des in so unerhörter Weise verlorenen Prozesses einzutreten versuchen. Wir müssen vor allem beweisen, daß in uns weder das Leben noch die Arbeitskraft gebrochen sind, und ferner, daß das Verbill, das die feindliche Presse seit fünf Jahren von uns entworfen hat, durch und durch falsch ist. Nicht Abschluß, sondern Anschluß an die Welt müssen wir erstreben, und zur Aufklärung müssen wir darauf bestehen, daß die Vorgänge, die zu dem Weltkrieg geführt haben und die Vorgänge während seines Verlaufs vor den Augen der Welt untersucht und festgelegt werden. Mag auch mancher ehe- malige deutsche Auser im Streit dabei belastet werden.

Die Heuschreck der Entente, die Deutschland als allein Schuldigen für alle Zeiten festzustellen versucht, muß doch schließlich dabei offenbar werden.

Zur Auslieferungstage.

Amsterdam, 29. Juni. (Wolff.) „Chicago Tribune“ schreibt: Seit Beginn der Konferenz waren die Amerikaner fortwährend gegen die Auslieferung des Kaisers und gegen seine Verurteilung, weil kein Mittel besteht, um diesen Prozeß auf rechtliche Weise zu führen, und weil man nicht aus dem früheren Kaiser einen Märtyrer machen und die monarchistische Bewegung in Deutschland unterstützen will. Der „Tribune“ zufolge haben sich inzwischen auch Frankreich und Belgien an diesem Standpunkt bekannt. Das Blatt glaubt auch nicht, daß man die deutschen Offiziere, deren Auslieferung im Verlaufe verlannt wird, verurteilen werde.

Wien, 29. Juni. Bei Besprechung der Unterzeichnung des Friedens von Versailles stellen die Blätter fest, daß der unterzeichnete Friede schlecht für die Befreiung der Völker ist, und daß der Prozeß des Generals Smuts der erste Schritt zur Verwirklichung des friedlichen Friedens ist, der die Welt für Jahre lang in Atem hielt.

Die Erklärung des Generals Smuts.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Aus dem Haag, 30. Juni. Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags überreichte der Vizegeneral Smuts eine Erklärung folgenden Wortlauts: Ich habe den Vertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn für ein aufreißendes Dokument betrachte, sondern wegen der Notwendigkeit, diesen Krieg zu beenden. Ich glaube, daß mit diesem Vertrag ein wirklicher Friede erreicht werden wird. In dem Friedensvertrag sind Garantien festgelegt, von denen man hoffentlich bald erkennen wird, daß sie nicht in Erfüllung gehen mit den friedlichen Gesetzen eines unbewaffneten Volkes, die von unseren früheren Feinden nicht abgelehnt werden. In dem Vertrag sind ferner Bestimmungen getroffen, deren Verwirklichung, wenn wir sie rubia zu überlegen vorzuziehen hätten, mit einem Schwamm abwischen. In dem Vertrag sind Bestimmungen, die nicht erfüllt werden können, sondern durch die einem Industrielande Europa

schwerer Schaden zugefügt wird und bei denen es im Interesse aller Länder sein wird, sie ernstlicher und gemächlicher zu gestalten. Der Völkerbund ist noch unvollkommen und muß zu einem wahren Werkzeuge des Fortschrittes gestaltet werden. Nur so wird die Vernichtung des Militarismus, die vertrauensgemäß allein vom Feinde durchgeführt werden soll, bald zum Segen und zur Erleichterung auch für die alliierten Völker werden.

Smuts äußerte auf Verlangen an einem Vertreter des Neutralen Büreaus, der Wiederaufbau der zerstörten Welt sei nur unter zwei Voraussetzungen möglich: 1. müßten die Deutschen das britische Volk von ihrem ehelichen Willen überzeugen, und zweitens müßten die Alliierten daran denken, daß Gott ihnen den übermächtigen Sieg nicht verliehen habe zu Heilighen und selbstfüchtigen Zwecken, sondern zur Erreichung arger Ideale, die die wahre Sieger in diesem für ideale Zwecke geführten Kriege beweisen seien.

Italienische Kritiken am Friedensvertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Lugano, 30. Juni. Der Friedensvertrag wird in der italienischen Presse zum Teil sehr heftig kritisiert. „Popolo d'Italia“ sagt: England, Frankreich und Amerika können in diesem Augenblick mit Recht frohlocken. Italien hat zum Dank für alle seine Hilfe nur Unmut und Enttäuschung geerntet. Der italienische Historiker Ferrero entwirft im „Secolo“ ein sehr trübes Bild von der Zukunft Italiens. Die Ministerkrise sei nur ein Vorzeichen der kommenden Schwierigkeiten. Es drohe ein Zusammenbruch, der dadurch beschleunigt werde, daß die Volkstümlichkeit über den Absolutismus der zahlreichen politischen Diktatoren im Nachhinein sei. Das Land stehe bläulich vor ungeheuren Schwierigkeiten ohne führende Kräfte von besonderer Befähigung, ohne Ziele und Wege, ohne finanzielle Mittel und ohne Verbündete. So habe das Volk nur von sich selbst Rettung zu erwarten.

Der „Avanti“ sieht in dem Kabinett Rittini-Littoni einen Schritt zur Rückkehr der Freiheit. Die wirtschaftliche und politische Krise könne nur vermieden werden durch ein Weltsystem, das die Produktionsquellen der Welt zum Allgemein Gut mache. Italien solle sich daher mit gleichgestellten Mächten verbinden, die der „Avanti“ bei der bisherigen gegenwärtigen Koalition finden will.

Der „Vertrag“ zwischen Amerika u. Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Haag, 30. Juni. Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter veröffentlichen eine gleichlautende Erklärung über den Vertrag zwischen Amerika und Frankreich, der nach am Sonntag von Wilson unterschrieben werden sollte. Beide der Vertrag bis dahin nicht fertig, so solle ihn Wilson unterschreiben. Außerdem werde Wilson Clemenceau einen Brief (1) hinterlassen, in dem er sich für die Vereinigten Staaten bindet. Der Vertrag solle in Kraft bleiben, bis Frankreich davon überzeugt ist, daß ihm der Völkerbund genügend Garantien für seine Sicherheit bietet.

Washington, 28. Juni. (Reuter.) In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags gerichteten Botschaft bringt Präsident Wilson auf die Annahme des Friedens- und des Versailler Vertrags ohne Veränderung oder Abschaffung. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer Neuordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Verabigung biete.

Der oberste Wirtschaftsrat.

Paris, 28. Juni. (Reuter.) Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, um die Organisation aufrecht zu erhalten und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Alliierten zu dienen.

Die Blockade.

Basel, 30. Juni. Der Bierkonzert soll beschlossen haben, daß die Blockade gegen Deutschland aufzuheben werde, sobald Deutschland das Ergebnis der Abstimmungen über den Friedensvertrag in der Nationalversammlung bekannt gegeben habe. (Reuter hat das Geleit gemeldet, ohne daß bisher von Entente-Seite widersprochen worden wäre.)

Die Unterzeichnung.

5. Berlin, 30. Juni. Zwischen dem schweizerischen Bundesrat und den alliierten Regierungen soll eine Uebereinkunft bezüglich der Aufhebung der S. S. erzielt worden sein.

5. Berlin, 30. Juni. Wie die „Deutsche Maas.“ erklärt, erklärten die Reichsminister Dr. Bell und Hermann Müller gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Agentur United Press: Wir haben ohne irgendwelchen Vorbehalt unterzeichnet. Das deutsche Volk wird alles in seinen Kräften stehende tun, um zu verhindern, daß der Friedensvertrag anzuwachsen. Wir glauben in diesem, daß die Entente es in ihrem eigenen Interesse für nötig erachtet wird, angesichts der Unmöglichkeit der Ausführung einer dieser Artikel, diese zu ändern. Wir denken, daß die Entente nicht auf der Auslieferung des Kaisers bestehen wird. Die deutsche Zentralregierung wird einem Antrage gegen Polen keinerlei Unterstützung angedeihen lassen.

5. Berlin, 30. Juni. Der deutsche Botschafter Graf von Wedel in Wien erklärte, über die Gründe seines Rücktrittsgeheuch, sein Gesundheitszustand berechtige ihn, nach einer 30-jährigen Dienstzeit seine Verletzung in den Ruhestand zu beantragen. Nach der Unterzeichnung des Gewaltfriedens habe er nicht gezögert, von seinem Rechte Gebrauch zu machen.

Die deutsche Delegation.

Paris, 30. Juni. (Wolff.) Der deutsche Gesandte von Daniel reist heute früh aufammen mit etwa 30 Mitgliefern der Delegation nach Deutschland ab. Kreisler von Lesner und etwa 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

Paris, 29. Juni. (Reuter.) Die chinesische Delegation hat den Friedensvertrag nicht unterzeichnet.

Die Offfragen.

(Telegramm unseres Verfallers Sonderberichterst.)

rd. Versailles, 28. Juni.

Die Vorgänge im deutschen Osten beschäftigen die französische Öffentlichkeit mit besonderer Lebhaftigkeit, und die französischen Regierungskreise legen den größten Nachdruck darauf, daß das Gewicht von 30 Millionen Polen, das man an die Deutsche Deutschlands gehetzt hat, nicht vermindert werde. Der das zwischen Polen und Deutschen ist das Hauptmittel der neuen französischen Politik, wie es vorher das Bündnis mit Rußland war. Wenn man außerdem weiß, daß Polen sich bereit erklärt hat, einen recht erheblichen Teil der russischen Schuldenlast auf sich zu nehmen und sie Frankreich zu versetzen, so ist es deutlich genug, warum die Frage eines Großpolen so dringend für die französischen Politiker ist. Die vorgezogen von der Entente an Deutschland gerichtete Note macht die deutsche Regierung in aller Form für die Dinge verantwortlich, die sich im Osten vorbereiten. In einem Leitartikel unterlegt der „Temps“ die sich aus der Note ergebenden Fragen. Sie sind von zweiier Art. Auf der einen Seite muß die deutsche Regierung dafür sorgen, daß die deutschen Truppen und die deutschen Beamten an dem Tage, der in dem Vertrage festgelegt ist, die unter die Bestimmungen des Vertrages fallenden Landstriche verlassen. Auf der andern Seite, wenn Widerstand gegen die Ausführung des Vertrages geleistet würde, hätte die deutsche Regierung die Verpflichtung, den Aufständischen keinerlei Hilfe angedeihen zu lassen, um ihnen zu erlauben, die neue polnische Grenze zu überschreiten.

Der Hauptpunkt ist nun, wie der „Temps“ sehr richtig feststellt, die Frage, wann denn eigentlich die neue polnische Grenze bestehen wird. Der Artikel 14 des Vertrages stellt darüber fest: Eine Kommission von 7 Mitgliedern, von denen 5 von den alliierten Mächten, einer von Deutschland, einer von Polen ernannt werden, muß 14 Tage nach dem Inkrafttreten des Friedens zusammengeleitet werden, um an Ort und Stelle die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland festzusetzen. Diefelbe Frist ist bestimmt für die Zurückziehung der deutschen Truppen und Beamten aus denjenigen Gegenden, die nach dem Vertrag einer Volksabstimmung unterworfen sind.

Der „Temps“ führt nun aus: Es bleibt nichts weiter übrig, als zu wissen, wann der Vertrag in Kraft tritt. Ein feierlicher Akt wird aufgenommen in dem Augenblick, daß der Vertrag durch Deutschland einerseits und durch drei der alliierten Mächte andererseits ratifiziert worden ist. Die Frist von 14 Tagen kann also nicht eher anfangen zu laufen, als von dem Tage an, an dem dieser Akt festgesetzt worden ist. Zweifelslos kann man insofern gefaßt die Kommission, die die neue Grenze ziehen soll, nicht eher ernennen, als bis dieses Datum feststeht. Die deutsche provisorische Verfassung verlangt nun, daß diese Ratifikation, um gültig zu sein, nicht nur die Annahme der Nationalversammlung und des Staatsauschusses, sondern auch die Zustimmung der bayerischen und der preussischen Nationalversammlung der Vertretung Preussens zustimmen werde. Nichts erlaube, diese Zustimmung voranzuzusetzen. Und in welcher Frist sich Deutschland dazu verpflichtete, die Ratifikation durchzuführen? Ausdrücklich stellt der „Temps“ klar, der Friedensvertrag sehe keine Frist vor, ebenso wie er keine Sonderbestimmungen für den Fall enthält, daß Deutschland den Vertrag nicht ratifiziere. Aus dieser Feststellung wird nun gefolgert, daß die Note, die vorgelesen von den Alliierten abgelehnt worden ist, keinerlei praktische Wert besitze. Es ist den eigenen Ausführungen des „Temps“ hinzu zufügen, daß sie jeder Rechtsgrundlage entbehre, da es, von der deutschen Ratifikation abgesehen, zweifelhaft erseht, ob die Parlamente von drei der alliierten Mächte den Vertrag in seiner jetzigen Form annehmen. Die Zustimmung von Amerika und auch die von Italien erachtet immerhin noch zweifelhaft. Was will man also eigentlich von der deutschen Regierung? Der „Temps“ erklärt: Es müßte ein Anner an den Friedensvertrag gehetzt werden, in dem bestimmt werde, daß die Zustimmung der Nationalversammlung vom 23. Juni als Ersatz für die Ratifikation, die durch den Artikel 140 des Vertrages vorgelesen ist, betrachtet wird, berart daß, indem man von diesem festen Datum ausgeht, der Vertrag in volle Kraft tritt und die Frist ohne weitere Formalität zu laufen beginnt.

Dieser Vorschlag des „Temps“ ist natürlich weiter nichts als ein neuer Versuch, die Lage einseitig zu Ungunsten Deutschlands zu ändern. Die Alliierten haben die geringste Veränderung des am 16. Juni übergebenen Vorschlags der Entente rückstills abgelehnt. Die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung haben sich schließlich entschlossen, diese vorliegende Fassung zu unterzeichnen. Selbstverständlich ist es unmöglich, eine Änderung ausdrücklich nur zu Ungunsten Deutschlands in den Vertrag aufzunehmen. Die Rechtslage ist klar genug. Die Frist läuft von dem Augenblick der Ratifizierung des Vertrages. Bis zu diesem Augenblick hat Deutschland die Sorge und die Anordnung in seinen Provinzen zu übernehmen, und diese Einmischung der Alliierten bedeutet einen Rechtsbruch. Die Ausführungen des „Temps“ in ihrer juristischen Klarheit können nur dazu dienen, diese Auffassung ausdrücklich zu befestigen.

Ein deutsch-polnischer Bundesstaat.

5. Berlin, 30. Juni. Von ostdeutscher Seite wird die Errichtung eines deutsch-polnischen Bundesstaates aus den von Brecken abgetrennten Gebieten erstrebt.

der ammeliebert an Konarekolen und Galizien eine eigene Verwaltung haben soll.

5. Thorn, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen westpreussischer deutscher und polnischer Volksräte mit dem Obersten Polnischen Volksrat dauern fort. Von deutscher Seite erstrebt man die Errichtung eines deutsch-polnischen Bundesstaates aus den von Brecken abgetrennten Gebieten mit eigener Verwaltung, jedoch angegliedert an Konarekolen und Galizien. Die deutsche Beamtenhaft wäre dadurch der Gefahr entzogen, nach einigen Jahren in diese Gegenden Konarekolen und Galizien verlegt zu werden. Die polnische Autonomie Westpreussens soll diesen Plänen immittelbar gegenüberstehen. Falls keine Einigung zustande kommt, dürfte der größte Teil der Beamtenhaft polnische Dienste ablehnen und sich der preussischen Regierung zur Verfügung stellen. Die Thorer Militärbehörden sind aufgefordert worden, die Festung binnen 14 Tagen mit Mobilat zu verlassen.

Berlin, 30. Juni. Ueber die Verfassung des Freistaates Danzig berichtet die „Post.“, sie sei auf freierer demokratischer Grundlage geplant. Der Magistrat von Danzig, vertritt durch drei Arbeitervertreter und einen Ausschuss aus allen Parteien, soll sie ausarbeiten. Die Vertreter der Landrente und von Roboth verlannten, imangezogen zu werden.

Berlin, 30. Juni. Das Kriegsministerium wird folgendes bekannt: Der Bevölkerungs in den Ostprovinzen hat sich infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine große Erregung bemächtigt, die auf die Befürchtung zurückgeht, daß die Grenzabstrichen jetzt schon zurückgezogen werden und die Landesteile, die abgetrennt werden sollen oder in denen es zu einer Abstimmung kommt, ohne militärischen Schutz bleiben. Dem gegenüber wird ausdrücklich betont, daß der militärische Schutz des Ostens bis zum ordnungsmäßigen Uebereinkommen in die durch den Friedensvertrag geschaffenen neuen Verhältnisse bestehen bleibt.

Landesausschuh der Demokratischen Partei.

Der Landesausschuh der Deutschen Demokratischen Partei in Baden war am Samstag nachmittag in einer aus allen Landesteilen sehr zahlreich besuchten Sitzung, die von dem Parteivorstandenen, Minister Hummel, geleitet wurde, zur Besprechung der politischen Lage in Karlsruhe versammelt.

Minister Dietrich gab in seinem einleitenden Vortrage eine Uebersicht über die politischen Ereignisse der letzten Zeit und schloß die Vorträge in Weimar, insbesondere im Staatsauschuh, vor dem Beschluß der Nationalversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Der Redner ging dann noch einmal kurz auf die unersetzlichen Friedensbedingungen ein, die es ihm und der großen Mehrheit der demokratischen Fraktion unmöglich gemacht hätten, für die Unterzeichnung zu stimmen. Im Staatsauschuh haben sich insbesondere die preussische Regierung unter Führung der beiden sozialdemokratischen Minister Guch und Seine eimütig und geschlossen gegen die Unterzeichnung ausgesprochen. Die Meinung der Vertreter der übrigen Regierungen sei geteilt gewesen. Welche Haltung die richtige gewesen sei, könne heute noch niemand sagen, das könne erst die Zukunft lehren. Nebenfalls hätten die Anhänger der beiden Richtungen in der Uebersetzung gehandelt, das beste für ihr Vaterland getan zu haben. Letztlich habe man in Weimar denkwürdig ungeschicklich gehandelt. Die feindliche Presse sofort über alle Einzelheiten der internen Verhandlungen unterrichtet war und daher die jeweiligen Ansichten der Reichsregierung und der Parteien genau kannte, war es ausgeschlossen, noch irgend welche bedeutenden Aufgebühne zu erreichen. Die Rede, mit der der demokratische Abg. Schiffer die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung begründete, habe in ihrem zweiten Teile den Eindruck hervorgerufen, als wolle die Partei nach rechts abmarschieren. Dieser Eindruck war, wie der Abg. Schiffer dem Redner gegenüber selbst mitteilte, nicht beabsichtigt. Im übrigen ist die jetzige Reichsregierung nach der Uebersetzung des Redners nur ein Kabinett für die Uebergangszeit. Für die Deutsche Demokratische Partei ergebe sich die Notwendigkeit, eine Politik in großen Zügen zu treiben, nicht eine Politik kleiner und kleinlicher Interessen. Diese Politik dürfe die Tatsache nicht ignorieren, daß wir in Deutschland 36 Millionen Arbeiter haben, und sie müsse das ganze freischließende Bürgertum zusammenfassen. Jede Spaltung führe die Gefahr herbei, daß dieses Bürgertum zwischen der Sozialdemokratie und der Rechten völlig zerrieben wird. Nur eine wirklich große, zielbewusste Politik kann uns aus dem Elend dieser Zeit herausführen.

Staatsrat Dr. Gass berichtete über den Standpunkt der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung in der Friedensfrage. Mit der gesamten Nationalversammlung und dem gesamten deutschen Volk war die Fraktion Anfang Mai einig in der Meinung, daß der Friedensvertrag die praktische Grundlage für die Unterzeichnung der politischen Ermäugungen, die wir vielmehr der Uebersetzung, daß die Bedingungen materiell unannehmbar seien. Da die letzte feindliche Note keine wesentlichen Zugeständnisse brachte, lag für die Fraktion kein Anlaß vor, ihre Meinung zu ändern. Wer am 12. Mai ehrlich der Auffassung war, daß der Vertrag unannehmbar sei, muß diese Uebersetzung auch heute noch haben. Die schriftlichen Vorträge dieser Ansicht war die Angehörigen des linken Flügels der früheren Fortschrittlichen Volkspartei und die Pazifisten, Männer wie Saupmann, Gohren, Quibbe und Schüding. Bedauerlich war, daß durch die Rede Schiffers eine ganz falsche Vorstellung von der Politik der Fraktion entstand. Die Fraktion wollte und will nicht nach Rechts abweichen. Sie konnte nur nicht in eine Regierung hineingehen, die zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit war. Im übrigen hatte sie keine Veranlassung für eine Trennung von der Koalition. Die Erklärung Schiffers war eine Erklärung gegen den Willen der Fraktion. Der Redner ist persönlich der Meinung und befindet sich damit in

Uebereinstimmung mit vielen Freunden, daß die alte Koalition sehr bald wieder hergestellt werden müsse. Sodann würdigte Dr. Haas die Gründe, die für die Unterzeichnung sprechen. Auch diese seien sehr beachtlich, aber die Mehrheit der Fraktion habe die Uebereinstimmung nicht als die Unterzeichnung des Friedensvertrags die Unterzeichnung des Todesurteils für das deutsche Volk bedeuert. Nebenbei sei die Frage keine Parteifrage; es müßte sich jeder einzelne darüber nach seiner Ueberzeugung entscheiden.

An die beiden mit starkem Beifall aufgenommenen Beschlüssen schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der alle Argumente für und gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags und auch die Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft erörtert wurden. Die Aussprache verlief würdig und ruhig. Nach jenseitiger Rede, die für die Unterzeichnung sprachen, erklärten, daß die Fraktionsmehrheit ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen getroffen habe und daß die Anträge der sozialdemokratischen und Zentrumspresse auf die Partei unangebracht seien.

Minister Hummel gab im Verlauf der Aussprache ein Bild von der politischen Lage in Baden. Die Voraussetzungen, unter denen die demokratische Partei in das Koalitionskabinett eingetreten sei, besteuerte heute noch. Deshalb sei es nötig, daß die demokratischen Regierungsmitglieder in Baden auch unter der veränderten Konstellation im Reich auf ihrem Posten verbleiben. Die Kabinetsmitglieder müßten aber hinter sich eine einige und geschlossene Partei haben, wenn sie innerhalb der Regierung die Anschauungen des freischiedlich gestimmten Bürgerturns zur Geltung bringen wollten. Der Redner forderte zu dieser Geschlossenheit auf, die eine politische Notwendigkeit für die Partei und für das Vaterland sei.

Das Ergebnis der Beratungen wurde niedergelegt in folgender Resolution, die in ihrem ersten Teil einstimmig, in ihrem zweiten Teile mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde:

Der Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden ist der Auffassung, daß die Stellung zur Frage der Unterzeichnung oder der Ablehnung des Friedens nicht zu einer Parteiangelegenheit gemacht werden kann im Interesse der Sozialdemokratie und innerhalb des Reichstages und daß in dieser schwierigen Frage auch bei uns die entgegengelegten Auffassungen als Ausdruck baderländischer Ueberzeugung geäußert werden. Der Landesauschuss erwartet, daß die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages jetzt aus der öffentlichen Diskussion verschwindet, weil sich das ganze Volk in dieser gegenwärtigen schweren Stunde zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden muß, um das Vaterland aus dieser tiefen Not zu erretten.

Der Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden spricht der Parteileitung, der Reichs- und der baderischen Fraktion und den demokratischen Mitgliedern der baderischen Regierung sein Vertrauen aus und ersucht die Parteileitung, dahin zu wirken, daß im Reich die Richtlinien der bisherigen Politik nicht aufgegeben werden und erwartet von den demokratischen Mitgliedern in Baden, daß sie der Partei in ihren Bemühen weiter dienen, solange es die politische Lage erfordert und ermöglicht.

Die verschwiegenen Protokolle.

Dr. Berlin, 29. Juni.

Als zu Beginn der Revolution die sozialistische Regierung auch daran ging, das Wirtschaftsleben zu revolutionieren, war ihre erste Tat die Einberufung der Sozialisierungskommission. Sie sollte die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens auf ihre Eignung zur Sozialisierung untersuchen und Gesetzentwürfe für die Umformung aufstellen. Die Kommission war zusammengesetzt aus Männern, die den besten Willen hatten und vor allen Dingen das Ziel fördern wollten; keine Parteilichkeit, sondern deren Gehirne und Steigerungen. Das Erste, was sie tat, war, daß sie aus allen Kreisen und Schichten unseres Wirtschaftslebens Sachverständige einberief, die sie über die Lage der Wirtschaft und ihre Möglichkeiten zur Umformung unterrichten sollten.

Keiner der eingeladenen Sachverständigen lebte ab. Alle kamen. Männer des Handels, der In-

dustrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, Unternehmer und Arbeitgeber, wie Angestellte und Arbeitnehmer sprachen sich freimütig aus. Ihre Berufung nach Berlin erfolgte zu der Zeit, wo noch alle Schichten in Deutschland Vertrauen zu der „neuen Zeit“ hatten, wo auch die Industrie und der Handel durch maßvolle Forderungen des Kapitalismus noch nicht den Glauben verloren hatten, daß es möglich sein werde, zusammen mit der Arbeiterschaft eine Reform der Volkswirtschaft durchzuführen, die alle Interessen berücksichtigte. Jenes Vertrauen und aufrichtige, warmer Reformwille sprach sich deshalb auch in den Gutachten der Sachverständigen aus. Diese Gutachten geben darum das deutlichste Bild über das, was an Wirtschaftsreformen tatsächlich möglich ist. Sie sind das wichtigste und beste Studienmaterial für den Neubau unserer Wirtschaft.

... Und darum ist es erstaunlich und beklagenswert, daß das Reichswirtschaftsamt der Öffentlichkeit diese Gutachten bis heute vorenthalten hat. Aber die Ursachen braucht man sich nicht im Unklaren zu sein: die Gutachten der Sachverständigen nämlich nicht zu den diktatorischen Wirtschaftsplänen der Herren Wiffell und Müllendorff. Wie Professor Brentano, der als Leiter der bayerischen Sozialisierungskommission die Öffentlichkeit gehabt hat, diese Gutachten kennen zu lernen, mittel, begründet Herr Wiffell die Verheimlichung der Gutachten damit, daß ihre Druckslegung zu teuer kommen würde. Das ist eine lächerliche Ausrede, wenn man bedenkt, welche Riesensummen das Reich noch heute für allehand amtliche Drucksachen ausgibt, die weit weniger wichtig sind, als das Studienmaterial für den Neubau unserer Wirtschaft, von dem unsere Zukunft abhängt.

Herr Wiffells Ausrede ist auch darum so fadenförmig, weil die Druckslegung gar nicht aus amtlichen Mitteln zu erfolgen braucht. Herr Wiffell braucht nur bei irgend einem privaten Verleger anzufordern, ob er auf eigenes Risiko den Druck übernehmen wolle. Jeder Verleger würde sofort zugreifen und die Drucksache dieses Protokolls in die Öffentlichkeit bringen, wo bei dem großen Interesse, das darin behandelten Fragen überall finden, ein geradezu reißender Absatz sicher wäre. Aber Herr Wiffell hat ja gar kein Interesse daran, diese Wissenschaft der Sachleute auf den Markt zu bringen. Es braucht nur die von ihnen mitgeteilten sachlichen Angaben, Statistiken, Auskünfte usw. bekannt zu werden und das Parteienhaushalt der Wirtschaftstheorie hätte zusammen.

Noch ist es Zeit, die Aussagen der deutschen Sachverständigen vor dem Verschwinden in den Geheimarchiven des Reichswirtschaftsamtes zu retten.

Die deutsche Republik.

Die neuen Steuern.

(Eigener Bericht.)

Die Erträge aus den jetzt der Nationalversammlung vorgelegten neuen Steuervorlagen werden im Reichsfinanzministerium, allerdings unter der Voraussetzung normaler Verhältnisse, wie folgt geschätzt:

Gesamtertrag	Mehrertrag gegen früher
Tabaksteuer	750 Mill.
Erbschaftsteuer	590 "
Zuckersteuer	350 "
Rindwaresteuer	50 "
Grundbesitzsteuer	114 "
Spielfartensteuer	10 "
400 Mill.	470 Mill.
180 "	28 "
74 "	8 "

Das Ergebnis der Reichsbergungsteuer wird mit dem sehr niedrigen Betrag von 30 Mill. eingeschätzt. Für die Kapitalsteuer liegt eine Schätzung noch nicht vor. Der Gesamtertrag gegenüber den früheren Einnahmen aus diesen Steuern beläuft sich auf ungefähr 1200 Mill. M. Aus der Vermögenswachstumssteuer erwartet man aus der Schätzung von Ende 1918 und 10 Milliarden M. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das angeforderte Vermögensverzeichnis mit dem 31. Dezember 1918 als Stichtag die Grundlage für die kommende große Vermögensabgabe bilden wird, da sich seitdem die Vermögensverhältnisse zu stark verschoben haben. Der Gesetzentwurf für die Nationalversammlung noch im Juli zugehen. Für die einmalige, die sogenannte kleine Ver-

ögensabgabe wird allerdings der 31. Dezember 1918 als Stichtag bestehen bleiben. Der entsprechende Gesetzentwurf ist der Nationalversammlung bereits zugegangen und wird binnen kurzen beraten werden. Man nimmt an, daß die Einforderung des Vermögensverzeichnisses in kurzer Zeit erfolgen wird.

Der württembergische Staatshaushaltsplan für 1919.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondent.)

Stuttgart, 29. Juni. Der Finanzminister hat dem Landtag den Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1919, den ersten seit der Umwälzung, vorgelegt. Der Staatsbedarf berechnet sich danach auf 197 619 377 Mark, d. h. 1 935 199 999 Mark mehr als 1918. Aber der Mehlertrag beträgt 149 Millionen Mark, von dem 102 1/2 Millionen auf die Verkehrsanstalten fallen. Berrucht ist dieser ungeheure Mehlertrag einmal durch die Steigerung der Preise für alle Stoffe und dann durch die Erhöhung der Steuerumlagen an die Beamten und die Tarifverträge mit den staatlichen Arbeitern mit ihren großen Lohnsteigerungen bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit (138 Mill. Mark). Die Steigerung der Preise ist dem Staatshaushaltsplan seinerseits allerdings bei den Einnahmen aus den Zinsen mit einem Mehlertrag von 20 1/2 Mill. Mark zugute gekommen. Auch die Devisenmittel können bei Anhebung der bisherigen Sätze 14 1/2 Mill. Mark mehr tragen und die Leistungen an das Reich sind (infolge der Biersteuererhöhung) um 22 Mill. Mark niedriger. Somit aber sind im neuen Jahr alle Anforderungen höher, obwohl der Etat noch als Notplan ganz nach dem vorjährigen aufgebaut ist. Der starke Mehlertrag kann nur durch Erhöhung der Steuern gedeckt werden, die bis zur Grenze der Belastungsfähigkeit gehen. Alle Staatsbeamten sollen dabei erfasst werden. Bei der Einkommensteuer soll der bisherige nur auf 105-130 % erhöhte Einheitsfuß in allmählicher Aufstiege von 150 % bis auf 500 %, bei Einkommensgesellschaften bis auf 600 % gesteigert werden. Bei der Vermögenssteuer ist vorgesehen, den bisherigen einheitlichen Satz von 1 v. Z. des Vermögens von 50 000 Mark ab bis auf 5 v. Z. zu steigern. Kapitalsteuer sowie Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sind gleichmäßig von den bisherigen 2 1/2 % auf 4 % hinaufzusetzen und gleichzeitig für das Rechnungsjahr 1919 die Wäpfe am Kataster der Weinberge und der übrigen Grundstücke in Höhe von 40 % und 20 % aufzuheben. Auch die Steuerfreiheit der Steuerumlagen soll beseitigt werden. All das erhöht aber noch 126 von den 149 Millionen. Der Rest ist entweder durch Vorstöße bzw. Anleihen oder durch scharfe Tarifsteigerungen bei den Verkehrsanstalten zu beschaffen. Bei der Post sind neuerdings die letzten württembergischen Postzugtarife gegenüber den Reichsätzen (besonders im Nord- und Ostverkehr) aufgehoben worden, bei der Bahn ist ein besonderes Vorzeichen Württemberg allein ausgefallen.

Die Einnahmen, bestehend aus Deckungsmitteln von 225 965 765 Mark Steuern (mit den Erhöhungen), denen aber bei dem Ertrag des Kammeraus zu dem u. a. die Verkehrsanstalten gehören, ein Mangel von 51 463 836 Mark gegenübersteht, erreichen also 164 501 928 Mark. Der eigentliche Mehlertrag ist also 23 117 449 Mark. Im einzelnen sind die Kapital-, Grund- und Abgaben weggefallen, während das Anbesserte mit 173 000 Mark und die bisherige Postabgabe mit 26 280 Mark neu erscheint, ebenso eine Preisabteilung im Staatsministerium.

Aufhebung des württembergischen Kriegsministeriums.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondent.)

Stuttgart, 28. Juni. Der württembergische Kriegsminister Professor Herrmann, ist auf seinen Wunsch von seinem Amte entbunden worden. Das Kriegsministerium kommt nach der neuen Reichsverfassung und dem Reichswahlgesetz zur Aufhebung.

Sachsen-Weimar.

Chefbedakteur Kühner, Vorsitzender des Vereins Thüringer Presse, wurde im Februar dieses Jahres bei der Neuwahlen zum meimurischen Land-

tag als Kandidat der demokratischen Partei zum Abgeordneten gewählt. Bei der Neubildung der Regierung des Staates Sachsen-Weimar wurde Kühner zum Staatsrat und damit zum Mitglied der Staatsregierung berufen. Er steht an der Spitze des Ministeriums des Innern und leitet unter anderem auch die Presse-Abteilung.

Die Streiklage.

Der Eisenbahnerstreik.

I. Berlin, 30. Juni. (Via Bericht.) Einen interessanten Einblick in die Ursachen der Eisenbahnerstreiks lassen die nachfolgenden zwei Tatsachen zu. Nuker den bereits beschlossenen kommunizistischen Anträgen ist ein vollkommen ausgearbeiteter Organisationsplan für die Schaffung eines kommunizistischen Reichsverkehrsamtes bekannt geworden, dem Eisenbahn, Post, See- und Binnenschifffahrt unterstellt werden sollten. Weiter ist folgender Vorschlag von Interesse: Als die Verhandlungen im Eisenbahnministerium zu Ende gingen und die Teilnehmer die Strafe betraten, wurden vor dem Eisenbahnministerium Schiffe abgefertigt und ein Srenanförer gegen das Gebäude geworfen, durch dessen Explosion allerdings nur einige Fenster scheiber in Trümmer gingen. Diese Fälle sind ebenfalls Beispiele für den weit ausserordentlichen kommunizistischen Plan, der der ganzen Bevölkerung zurunde liegt.

Berlin, 29. Juni. Eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Rufus Bock sprach sich über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit aus. Als sich ein großer Teil zum Empfang zum Eisenbahnminister Dezer begeben hatte, trat der Unabhängige Paul Hoffmann auf und plädierte für die Fortsetzung des Streikes. Beim Minister wurde zwischen den Beamten und dem vollen Eisenbahnerstreik erzielt. Der neue gewählte Präsident des Beamtenvereins erklärte sich nachdrücklich, daß die Beamten auf dem Lande sich von den Berliner Kollegen und Arbeitern trennen würden, falls diese im Streik verharren würden. Berlin ist nicht das Reich. Auf die Zusage des Ministers, beim Reichsminister für die Aufhebung des Streikes und Beamtenstreiker übereinstimmend, daß dann am Montag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen werden würde. Bei einem zweiten Empfang in den Abendstunden erklärten die Arbeiter und vereinzelte Beamtenstreiker, daß infolge des Aufstretens des Unabhängigen Paul Hoffmann neue Erregung in die Arbeiterschaft getrieben worden sei. In der Streikfrage des Reichsministeriums ist am Sonntag abend wieder aufgehoben worden. Die Aufhebung wurde sofort allen Berliner Eisenbahnbediensteten bekannt gegeben.

Berlin, 30. Juni. Während der Eisenbahnerstreik abflauen scheint, beschloßen die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn am 1. Juli in den Aus-

Beilegung des Streiks in Breslau.

Breslau, 29. Juni. Das Generalkommando teilt mit: Als gestern früh der Spitze führende Offizier einer Abteilung von Pioniertruppen die dort aufgestellten Streikposten und andere Leute zum Ausweichen aufforderte, um den Platz zu räumen, nahm die Menge, etwa 50 Mann, eine drohende Haltung an. Die Offiziere forderten die Menge noch zweimal auf, auseinander zu gehen. Da aus einem Hause an der Nordseite der Gartenstraße mehrere Schüsse fielen und vor den Mannschaften einschlugen, erfolgte der Befehl zum Feuer. Die Leute an der Spitze und das Nachhineinander eines Selbstpanzerzuges feuerten etwa 30 Schuß. Der Nach und die anwesenden Straßen wurden nacheinander schnell überzogen. Gegen Mittag jedoch sammelten sich etwa 500 größtenteils jugendliche Arbeiter vor der Postenkette an der Neuen Földenstrasse und drängte trotz dreimaliger Aufforderung die Mannschaften zurück. Als die Menge, die immer weiteren Zugang erhielt, die Mannschaften teilweise umringelte, wurde nochmals zum Ausweichen aufgefordert. Als sie eine drohende Haltung annahm, wurde sofort geschossen, wobei zwei Mann verwundet wurden.

Breslau, 29. Juni. Wegen Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag vor-

Theater und Musik.

Badisches Landestheater. Mit Shakespeares „Hamlet“ ging die Schauspielzeit dieses alle Erhebungen umwandelnden Jahres zu Ende. Aus tausend Gründen wäre ein Rückblick gerade auf diese Theaterzeit interessant und instruktiv, aber aus tausend und einem muß man sich mit einiger Negation begnügen. Es gilt von wingigen Theaterländern dieselbe Lösung wie für den Neubau unseres ganzen Vaterlandes: Arbeiten und nicht verzweifeln, damit neues Leben aus den Ruinen blühen kann.

Die Samstagliche, von Otto Kienrich geleitete Aufführung stand bei sehr sorgsam und gewissenhafter Regie, die den Beginn der Theaterferien in feiner Weise durchblenden ließ, auf beachtlicher Höhe. Es war Stimmung in der Kadodie und trotz etlicher zuweilen Konvention machte Schönheit darin. So a. B. das gefällige und bildhafte Wollen der vorletzten Szene. Der Schwerpunkt lag diesmal gedoppelt in der Rolle des Hamlet, da sie Robert Wirtler hier zum ersten Mal innehatte. Das Schöne daran, was überlieferte, Sprungbrücke, Unüberschneidbar im Charakterbild des Dänenbringers hat es allen großen Schauspielern angetan. Besonders der beständige Wechsel der Stimmung gibt dem Künstler alle Bahnen frei. Leutenbürtig sind die „Auffassungen“ — es gibt sogar ein ganzes Buch über Hamletcharaktere! — es ist über die letzten bis zu pathologischen Reaktionen gehen den vorkriegsreifen Zeit seit natürlich gemein, daß Hamlet als psychiatrie Schauspielersstudium dienen mußte; Reins spielte ihn zu verschiedenen Rollen seines Lebens verstanden; Wirtlermann gab ihn feinerzeit hier auf Kosten des Genusses und formaler Schönheit in stabiler Gedanklichkeit; bei ihm trat an Stelle der Verzerrung die Schärfe der Nervenlinie. Wirtler hielt sich in hochanregender künstlerischer Selbstsucht und sympathischer Ehrlichkeit und Selbständigkeit frei von großen und kleinen Mäßen. Er rückte bewußt von neuropathischer Ferne ab und gab dem Bringen von Dänemark dank auch äußerlich entgegenkommender glücklicher Gaben eine ausgezeichnete Verlebung. Aus der Unterwerfung der Schauspielerei (III. 9) hätte er vielleicht mehr herauszolen können; außerdem übertrieb er auch das atomale Gejage der Worte. Somit aber ist gerade seiner Gemäßigkeit ein Lob zu reden.

Gugo Böcker hat seinen Donato in Rudolf Giese abzugeben und den Polonius mit vollem Gelingen übernommen. König und Königin waren wie früher durch Felix Daumbach und Marie Frauen dorfer in guten Händen. In jenseitiger Hinsicht ist der Geist von Hamlets Vater, im primär, daß sich Wirtler in seiner tiefen Welt, wenig gepenstlich wirt. Erich Gatz ging mit seinem

Beertes diesmal mehr heraus und befriedigte. Von Ruth Kinkes Ophelia gilt mörlich das Wort der Kadodie selbst:

Schwermut und Trauer, Gram, die Hölle selbst, Verbrennt sie in Anmut, Niedlichkeit.

In kleineren Rollen waren neu Schönefeld als Horribros (man tat also den früheren Strich der letzten Szene aus), der König im Schauspiel Peter und Andere, wobei im Einzelnen nicht Bemerkenswertes zu berichten ist. Das verhältnismäßig sehr gut besetzte Haus spendete lauten Beifall.

Städtisches Konzerthaus. Die „Frühlingsluft“ des alten Josef Strauß fand am Samstag und Sonntag ein gut beachtliches Haus und den lebhaften Beifall des Publikums. In der alten Operette geht natürlich so gar nichts vor, es war lediglich die äußerliche flotte Aufführung, die diesen Erfolg erstellte. Schwespe am Post befanderte das Orchester, für die Intenzierung geimete Karl Koch Oberland, der auch als Dirigent wirkte und Nebenmitglied war und mit Betty Kaschinger zusammen im Gattungs-Tanzpaar einen Spezialerfolg hatte. Betty Kaschinger als Dienstmädchen ist überhaupt die ganze Sache für den Teil der Damen heraus. Sie besitzt, wie man schon in „Nach in Venedig“ an ihrer Köchin gesehen hat, ein prodigisches Talent, das sie befähigt, solche derbe Sachen humorvoll und gleichzeitig dezent zu charakterisieren. Ihr Auftreten im ersten Akt war glänzend gelungen. Sehr ulzig war auch Herr Norden als scheinbar altersschwacher Fattermann; wie er plötzlich zum Leben erwacht und seine Tanzgenossenschaft entwirrt, war — ebenfalls mit Fr. Kaschinger als Partnerin — sehr witzig dargestellt. Eine gute komische Figur war auch der nervenstärkende Kellner des Herrn Fort. Als nettes und sympathisches Paar sind noch Herr Bede und Fr. Schläger zu nennen, auch Herr Math-Kotta als Baron verdient Anerkennung. Der Musikdirektor konnte wenig berichten. Am Sonntag war das Haus fast ausverkauft, das Publikum äußerst beifallstündig, so daß die „Schlager“ (Herr Koch, Herr Norden — Fr. Kaschinger) mehrfach wiederholt werden mußten.

Leopold Jelinek, der zum Leiter des Berliner Staatstheaters auferhoben, Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg, äußert sich folgendermaßen über sein Programm: Vor allem handelt es sich darum, aus diesem Theater, das bis jetzt eine östliche Bühne war, ein Theater für das Volk zu machen, also ein Theater, das wirklich den lebendigen geistigen Strömungen in unserer Volke dient und mit ihnen in enger Fühlung steht. Das bedeutet keineswegs, daß ich als Leiter des Staatstheaters, wie ich es hier in Königsberg getan habe, vor allem moderne Werke und Werke der Junglinge in den Spielplan aufnehmen werde. Eine Hauptaufgabe des Staatstheaters, wie ich es mir vorstelle, muß es vielmehr sein, die dramatischen Werke unserer Klassik wiederzugeben.

Selbstverständlich eine Wiedergabe, die diese Werke unserem heutigen Empfinden durch eine zeitgemäße Inszenierung näherbringt. Für ebensoviel selbstverständlich sehe ich es an, daß das Staatstheater seinem lebenden oder toten Dichter aus irgendwelchen unläuterlichen Motiven verschließen bleibt.

Der Umkreis des Spielplans muß natürlich möglichst weit sein. Der Spielplan darf auch nicht auf ein bestimmtes Abonnementspublikum zugeschnitten sein, sondern er muß sich möglichst an alle Kreise wenden, so daß das Staatstheater wirklich dem ganzen Volk zu einer Art von künstlerischem Mittelpunkt wird.

Was die soziale Gestaltung des Theaters und meine Stellung dazu betrifft, so will ich vor allem dies sagen: Wer sich heute den Errungenschaften, die die Angeestellten des Theaters in kürzester Zeit gemacht haben, in den Weg stellt, der stellt einem jungen kriegsbegehrten Studenten, der auf einen heranwachsenden Panzerwagen losfährt. Er wird zermalmt. Ich verbrach den Redlichen Angeestellten, diese und jene Forderungen an untergeordnet, andere, die ich für unbedeutend hielt, würde ich ablehnen. Auf bestimmte Forderungen komme ich nicht eingehen. Meine Beiträge und meine Tätigkeit auf sozialem Gebiete sei ihnen bekannt und müssen ihnen genügen, ich ein Urteil zu bilden, ob sie mich für einen gerade denkenden Vertreter ihrer Interessen halten oder nicht. Und ebenso denke ich auch über die künstlerische Leistung. Die Rechte der Angeestellten dürfen keinesfalls so weit gehen, daß sie eine künstlerische Anstellung für den Theaterleiter bedeuten. Das würde natürlich jede erdliche Arbeit unmöglich machen und auch nur dem Ganzen schaden.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Deutsche und Deutsch-Oesterreichische Kunstgervereausstellung.

Die neueste Nummer der „Deutschen Kunst und Dekoration“ bringt u. a. folgende Ausführungen über „Eine Deutsche und Deutsch-Oesterreichische Kunstgervere-Ausstellung 1922“, die wir hier auszugsweise anführen: „Die Reimnate (Staaten) eine Ausstellung in Karlsruhe. Für dasselbe Jahr hat die Stadt Paris eine Kunstgervere-Ausstellung beabsichtigt; diese soll international sein, jedoch unter Aufsicht der Wirtlermächte. Es ist etwas Groteskes in dem Gedanken: Austausch der Länder, denen die Welt überhaupt erst ein neues Kunstgervere bekannt! Kein Zweifel, daß dieser Austausch höchstens in wirtschaftlicher Hinsicht ermutigen werden könnte. Selbst wenn mit seinen einigen Stuhl, kein einziger Stuhl Gewebe in Ba-

ris seinen könnten, unser Geist würde fiareich dort ausgehen sein und diese Ausstellung genau so weit befriedigen, als sie auf und modern sein würde. Nicht umsonst ist mitten im Reich die deutsche Kunstgervere-Organisation im französischen „Comité central technique des arts appliqués“ nachgehakt worden. Nicht umsonst haben französische Blätter über die „Munichoiseries“ der Kunstgervere-Gruppe des Verbitals und anderer junger Architekten gefaselt. Soweit es in Frankreich ein modernes Kunstgervere gibt, ist dieses deutsch inspiriert und kann noch laane nicht der deutschen Führung entbehren.

Aber dies bedeutet für uns nur eine platonische Genauigkeit. Wir müssen durch positive Taten zeigen, was wir auf kunstgerverelichem Gebiet sind und können. Wir müssen sichtbar um unser Markt und Namen kämpfen. Wir müssen 1922 eine Deutsche und Deutsch-Oesterreichische Kunstgervere-Ausstellung den Barrieren internationaler Entlegenheit... Frankreich und mit ihm alle übrigen Gemaner mögen unter unserer Organisation nachahmen, sie mögen unter ähnlichen wirtschaftlichen und technischen Bedingnissen arbeiten können — was uns den Vorrang sichert und Dinne, die nicht von heute auf morgen eskamotiert oder initiiert werden können; die Genauigkeit unserer Industrie, ihre geistige und technische Einstellung, die Schula unserer Arbeiterschaft, die Anteilnahme der neuen Bevölkerung, Tradition, Erfahrung und Gesamtdiskussion aus anwärtigster künstlerischer und industrieller Arbeit. Es ist zu fordern, daß sofort in die Vorbereitung einer Deutschen und Deutsch-Oesterreichischen Kunstgervere-Ausstellung einmachtet werde.

Es wäre verfrüht, Namen und Ausdehnung dieser Deutschen Kunstgervere-Ausstellung 1922 schon jetzt bestimmen zu wollen. Nur soviel: die Rolle wird weit zu heften! Mitwirkung der Architektur und der freien Künste ist selbstverständlich. Technisches, Ökonomisches, Soziales hat mitzubringen, vielleicht auch die neuen Mäße der Zeit, Wohnmaschinen, Spielzeugbedarf. Als Ausstellungsort — wenn dieser Punkt unvorarreichlich berührt werden darf — kommt meinem Empfinden nach weder Berlin noch München in Frage, so sehr ich dieser beiden Großstädte auch aneignet wäre. Größere Ausdehnungstrakt, besonders auf das Anstalt, hätte vielleicht Südwest-Deutschland. Wien oder Pader, wo ausdies etwas Kernhaftes an deutscher Landschaft und allem deutschem Städtebild azeiert werden könnte. ... Keine Sonne, die Welt wird zu uns kommen. Sie hat sich — unsere Exportaffären vor dem Kriege benehien es — annehmbar, Deutschland als Wiege und Hort neuen kunstgervere-lichen Schaffens zu betrachten. Reizen wir, daß es dies noch ist und daß es darum kämpft, es zu bleiben.“

Nachdem der Betrieb, falls der Reichskommissar bereit sei, per sofort mit dem Nachdruck für die Fortdauer der Arbeit einzutreten...

Unruhen in Magdeburg.

Magdeburg, 30. Juni. Am Samstag vormittag sind hier erste Lebensmittellunten entstanden. Eingeleitet wurden sie durch Kländern...

Die Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 29. Juni. Ein Ausbruch der Hamburger Arbeiterbewegung wurde heute von General v. Lettow...

Ein unbedachter Puff in Bromberg.

Bromberg, 30. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Im Laufe des Vormittags wurde auf dem Friedhof...

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Berlin, 29. Juni. Die Aufbruchbewegung droht auch auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet überzugreifen.

Berufung und Schulgesetz.

Auf Grund der Verhandlungen des Ministeriums des Kultus und Unterrichts mit dem Verfassungsausschuss...

§ 11 der Verfassung.

Die Bestimmung über Verheiratung in § 121, 1 des Beamtengesetzes steht mit der Verfassung nicht im Widerspruch.

§ 19 der Verfassung.

Die Erklärung eines Lehrers, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes seiner religiösen Überzeugung widerspricht...

Bei der Direktion schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Die Erklärung wird im Vorbericht dem Ministerium vorgelegt.

Das Kreisamt ordnet die Einstellung des Religionsunterrichtes durch den Lehrer an und trifft die zur anderweitigen Besetzung des Unterrichts erforderlichen Anordnungen.

Die Befreiung von Schülern vom Religionsunterricht darf nur erfolgen, wenn der Erziehungsberechtigte erklärt, daß die Teilnahme am Unterricht seiner religiösen Überzeugung widerspricht.

§ 1 Abs. 3.

Die nähere Festsetzung darüber, auf welche Zeit der Besuch der Volksschule sich erstreckt, bleibt freier Regelung durch das Schulgesetz vorbehalten.

§ 2 Abs. 1.

Mit dieser Bestimmung sind die entsprechenden Vorschriften des Schulgesetzes außer Kraft getreten. Eine Erhebung von Schulgeld findet daher an allen Volksschulen...

Badische Politik.

Die Offenburger Bürgermeistereiwahl.

Der Stadtrat in Offenburg beschloß in seiner letzten Sitzung, den Bürgermeisterposten zur Vermeidung öffentlich auszuwerfen.

Die Aufnahmeprüfungen.

Das Badische Unterrichtsministerium hat die Direktion der höheren Lehranstalten ermächtigt, künftighin Aufnahmeprüfungen für das neue Schuljahr...

Aus Baden.

Bezugsgeldverfahren für Kartoffel.

Das Ministerium des Innern wird, falls für den Herbst ein bezugsfähiger Kartoffelausfall zu erwarten ist, ein reichsrechtliches Verfahren...

Stittgen, 30. Juni. Beim Abfahren von Stittgen im Staatsbahnhof ist der 59-jährige städt. Tagelöhner M. Sued tödlich verunglückt.

Stittgen, 30. Juni. In Neuburgweilertrafen am Samstag früh etwa 300 Mann Volkswagen in Automobilen von Karlsruhe ein und beschlagnahmen für über 20000 Mark vorgefundene Schleichhandelswaren.

Manheim, 30. Juni. Als am Freitag früh die christlich organisierten bei der Firma...

Brown, Boveri u. Co. die Arbeit wieder aufnehmen wollten, erklärten die Führer der radikalen Arbeiterschaft, daß sie nicht mit ihnen zusammenarbeiten werden.

Weinheim, 30. Juni. Der schwere Raubmord, der am 1. März von einer achtköpfigen Verbrecherbande an dem Hofbesitzer Adam Helfrich in Almbach verübt worden war...

Weinheim, 29. Juni. In die Wohnung eines hiesigen Oberschulmeisters kamen zwei junge Leute, ein Ingenieurhelfer und ein Kraftfahrer...

Aus dem Stadtkreis.

Die Gültigkeit der Reichsbrotmarken alten Musters wird bis zum 27. Juli einschließlich verlängert. Bis dahin werden auch den Vermüchern die alten Marken gegen neue eingetauscht.

Badisches Landestheater. Auf die heute, Montag Abend stattfindende Vorstellung der heutigen Oper: 'Der Trompeter von Säckingen'...

Unfall. Der Schluss der gestrigen ruderportlichen Veranstaltungen auf dem Rheinfarm füllte sich mit dem Unfall der Oberrealschüler Mühlstein...

Standesbuch-Auszüge.

Beerdigungen und Trauerfälle ermaßigter Beerdigung. Sonntag, 30. Juni: 11 Uhr: Karl Reumer, Privatier, Bismarckstr. 53; 11 Uhr: Mathilde Jutz, Rechtsanwältin, Almalenstr. 85; 2 Uhr:...

Landestag für Körperpflege und Jugendberziehung.

Das Sportfest.

Kann waren am Samstag nachmittag die Verhandlungen im Ständehaus beendet, da ging es auch schon hinaus auf den gültigen Rasen.

Das ist ihm vollumfänglich gelungen; trotz der sehr unglücklichen Witterung hatte sich zu allen Veranstaltungen eine nach Landtagen zählende Zuschauermenge eingefunden.

Dem Hodeyewettspiel Baden-Badern wohnten etwa 1500 Zuschauer bei, die voll auf ihre Rechnung kamen.

Herreneinzel: Bus - v. Balle 6:2, 8:3; Dyppeheimer - Dit 6:2, 6:3; Wibelband - Braun 6:0, 6:0; Ulrich - Bohrmann 1:6, 2:6; Waldf - Wiedmann 7:5, 6:1; Adernann - Juchs 6:4, 6:3.

Herrendoppelp: Wibelband - Dyppeheimer - von Balle - Bohrmann 6:3, 6:3; Bus - Waldf - Dit - Braun 6:3, 6:4; Adernann - Ulrich - Wiedmann - Brull 6:3, 6:4.

Karlsruher Liederkranz. Bad. Landestheater. Letzte Vorstellung vor den Ferien. Zugunsten der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Der Trompeter von Säckingen.

Bad. Landestheater. Letzte Vorstellung vor den Ferien. Zugunsten der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Der Trompeter von Säckingen. Am Montag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, findet die Vereinslokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tapeten, reichhaltige Auswahl. S. Durand, Domplatzstr. 24. Bei d. Schw. Tel. 2495. Lobenz. v. Tanslerstr. 4. Winterhof. a. Dienten.

Unser Geschäft bleibt am 1., 2. u. 3. Juli geschlossen wegen Inventaraufnahme. Apparate-Gesellschaft m. b. H.

Maxim Vornehmstes Weinrestaurant. Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

Sparkochherde in emaillierter und lackierter Ausführung. Kombinierte Kohlen- und Gasherde. Gasback- und Grillapparate. Hotelherde und Spülküchen-Einrichtungen.

Opernglas. Diejenige Person, welche Sonntag abends im 2. Rang des Opernglases gelassen, aber nicht zurückgegeben hat, wird belanglos erklärt.

